

«Man kann uns nicht stoppen»

ZKB-CEO Martin Scholl sagt in der NZZ zum umstrittenen Jubiläumsgeschenk der Bank an die Zürcher Bevölkerung: «Man kann uns nicht stoppen» (NZZ 8.2.19). Was ist diese Seilbahn über den Zürichsee für ein seltsames Geschenk, das dem Beschenkten in die Wiese gestellt wird, der Zürcher Bevölkerung also, ob sie es will oder nicht? Es gäbe kaum eine aussagekräftigere Formulierung als dieses «Man kann uns nicht stoppen», um zu verdeutlichen, dass es der ZKB definitiv nicht darum geht, uns eine Freude zu machen, sondern darum, recht zu behalten und ihr Image aufzupolieren.

Marianne Biedermann, Zürich

Die ZKB-Seilbahn wird in grossem Mass während sehr langer Zeit geschützten Erholungsraum im und am See für private Zwecke beanspruchen. Die Zustimmung in der Stadtbevölkerung ist mässig und schrumpft, je konkreter das Projekt wird. Die Quartiervereine die die direkt betroffenen Einwohner vertreten, und der Gemeinderat sind grossmehheitlich gegen die Realisierung des Projekts. Stadtpräsidentin Corine Mauch (sp.) hat sich jedoch bereits bei der Präsentation der Idee bedingungslos auf die Seite der Befürworter geschlagen. Auf Anfrage und Einladung, die tatsächlichen Dimensionen und Beeinträchtigungen im Seebecken während der Planaufgabe anhand der ausgesteckten Profile bei einem Augenschein vor Ort mit der Bevölkerung zu erfassen, liess sie im Dezember durch ihre Kommunikationsbeauftragte ausrichten, dies sei aus terminlichen Gründen nicht möglich. Sie kenne die Details genügend. Wann werden die kritischen Stimmen aus ihrer Partei und der betroffenen Bevölkerung ernst genommen? Darf von der Stadtregierung nicht zumindest ein Dialog mit kritischen Bürgern erwartet werden?

Andreas von Arx, Zürich

Die Zürcherinnen und Zürcher sind Eigentümer ihrer Bank, der Zürcher Kantonbank. Ihre Interessen sollten durch ihre Volksvertreter im Kantonsrat wahrgenommen werden. Vom Kantonsrat haben ZKB-Bankrat und ZKB-Ge-

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

schäftsleitung den Leistungsauftrag Nachhaltigkeit zur Umsetzung erhalten. Das prestigeträchtige Seilbahnprojekt über den Zürichsee kostet 60 Millionen Franken. Es wird nach fünf Jahren wieder abgebrochen. Das ist in keiner Weise nachhaltig. Diese Millionen könnten zugunsten unseres Kantons sinnvoller eingesetzt werden. Die Frage stellt sich, ob der Bankrat und die Geschäftsleitung den Leistungsauftrag Nachhaltigkeit missachten. Das Festhalten an diesem unbedarften Seilbahnprojekt muss schon fast als Zwängerei bezeichnet werden.

Stephan Bochslar, Aeugst am Albis

«Die Logik des Schreckens»

Das im Leitartikel vom 9. Februar beschriebene Dilemma liesse sich einfach lösen, wenn ein «starkes» Europa «vereinigter Heimatländer» sich der amerikanischen Bevormundung entledigen und sich von den aggressiven, Amerika gesteuerten Nato-Aktivitäten distanzieren würde. Wir dürfen nicht übersehen, die beklagte russische Aufrüstung ist schliesslich nichts anderes als die Antwort auf den von der Nato konzipierten «Raketen-Zaun» in den Satelliten-Staaten der ehemaligen Sowjetunion und deren Eingliederung in ein «russlandfeindliches» Militärbündnis. Ein echter Schritt zur Entspannung wäre, entgegen der amerikanischen Boykott-Politik, ein offenes, soziales, kulturelles und wirtschaftliches Verhältnis mit Russland, dem eigentlichen Nachbarn in Europa, aufzubauen.

Klaus Harter, Beinwil a. S.

Für das Gelingen eines globalen Friedensprozesses ohne (Atom-)Waffen gäbe es ein logisches Rezept: gegenseitige globale Investitionen der Länder in einem Ausmass, dass es keinen Sinn ergibt, diese Werte mit Waffen zu zerstören.

Rolf Schönenberger, Biel

In seinem Leitartikel hält der Chefredaktor Folgendes fest: «Wörter man öffentlich nicht redet, das existiert nicht.» Dies trifft in Bezug auf Sicherheit und eine glaubwürdige Armee auch voll auf die Schweiz zu. Bundesrat und Parlament haben die sogenannte WEA-Armee beschlossen, d. h. eine halbierte Armee, trotz seit drei Jahren veränderter Bedrohungslage. Die Aufrüstung der Staaten Finnland, Norwegen oder Schweden wird ignoriert. Der Amtsvorgänger von Bundesrätin Viola Amherd hat vor seinem Rücktritt informiert, ein zukünftiger Krieg würde als Handels- und Cyberkrieg ablaufen. Ihm ist entgangen, dass Handels- wie Cyberkrieg bereits heute stattfinden.

Sollte aber ein Krieg wie in Syrien oder in der Ostukraine auf europäischem Territorium stattfinden, wird auch die Schweizer Bevölkerung mit der Logik des Schreckens konfrontiert werden. Denn die kleine WEA-Armee mit nur noch sechzehn Infanterie-Bataillonen kann ihren Auftrag gemäss Bundesverfassung Art. 57/58 nicht erfüllen, zumal sie nicht vollständig ausgerüstet ist und nicht innert kürzester Frist mobilisiert werden kann. Das Erwachen könnte fürchterlich sein.

Willy P. Stelzer, Volketswil

Danke für diesen Artikel, der aber wohl leider in den Wind geschrieben ist. Die Mehrheit der Deutschen bzw. ihrer Medien ist so einäugig antiamerikanisch ausgerichtet, dass lieber «friedfertige» Putin-Marschkörper akzeptiert werden. Man müsste ja sonst unbequeme Fragen stellen und teure militärische Konsequenzen ziehen. Man ist gegen Trumps «Make America great again»-Politik, aber für Nord Stream II, was ja wohl heisst: «Deutschland first». Wir brauchen die Gaspipeline offenbar wegen unserer risikobeladenen, teuren Energiewende. Dass damit politisch enormer Schaden angerichtet wird, die nördlichen und östlichen europäischen Nachbarn geschädigt und gefährdet werden, spielt keine Rolle. Wir vertrauen auf Putins Wort. Grenzgarantien? Südossetien, die Krim, der Donbass berühren uns nicht. Wie hübsch sich doch kurzfristiger Vorteil und verlogene Moral verbinden lassen

Uta von Pezold, D-Thurnau

Abgenutztes Europa-Argumentarium

In seinem Gastbeitrag der NZZ vom 11.2.19 äussert sich Kaspar Villiger zum Rahmenabkommen. Der Text beginnt mit einem hymnischen Rückblick. Freie Unternehmer mit freiem Zugang zu fremden Märkten wirken zusammen mit genossenschaftlichen Strukturen, in welchen Aufgaben in den Talschaften der Innerschweiz durch die Versammlung der wehrfähigen Männer gelöst werden. Auf die Delegation der öffentlichen Sache an eine erleuchtete politische Klasse wird verzichtet. Mit Gottfried Keller: Es ist der Bürger, der vor die Haustür tritt und zum Rechten schaut. Das freiheitliche und das genossenschaftliche Prinzip als staatstragende Prinzipien der politischen Kultur. Was will man mehr? Es wird einem warm ums Herz. Was in unserer Geschichte mythisch den Schweizer Sonderfall begründet, wird von ihm angeführt, um die Singularität der kleinen Alpenrepublik zu begründen. Doch meint es Villiger so? Seine nachfolgenden Argumente für ein Rahmenabkommen stammen aus einem abgenutzten Argumentarium. Man mag sie nicht mehr hören. Doch warum zuerst im Morgenrot der Geschichte antreten, um dann nur Parolen des Zeitgeistes zu rezitieren? Warum zum Schluss des Artikels nur die Führung durch den Bundesrat verlangen, statt die angeführten Prinzipien aus der Geschichte weiterzudenken? Talschaften der Innerschweiz verbündeten sich mit Städten wie Zürich oder Luzern. Was in den engen Tälern der Alpen begann, wurde urban und initiierte die Weltläufigkeit der späteren Schweiz. Die europäische Dimension evozierte mit ihren Konflikten den Ruf von Bruder Klaus, den Zaun nicht zu weit zu stecken. Der Protest der Zürcher Reformation gegen das Söldnerwesen betraf wirtschaftliche Interessen. Der Marktzugang für Exportprodukte kann nicht immer das Wichtigste sein. Nicht nur im Söldnerwesen. Vielleicht auch für Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Der Versuch von Villiger, zwei grundlegende Prinzipien unserer Gesellschaft von Freiheit und Genossenschaft zu benennen, inspiriert, aus unserer Geschichte weitere Analogien zu gewinnen.

Urs Meyer, Wildegg

TRIBÜNE

Energiewende in den Kinderschuh

Gastkommentar

von MARTIN FÖHSE

Aus rechtlicher Sicht ist das Stromversorgungsgesetz (StromVG) ein Sanierungsfall. Es ist nicht nur schwer verständlich und inkohärent, sondern leidet auch an rechtsstaatlichen Defiziten. Bereits mehrfach wurde der junge Erlass nachjustiert – auch dies ist ihm nicht immer gut bekommen. Allerdings haben sich einige scharfe Ecken und Kanten durch die Praxis mittlerweile etwas abgeschliffen, und man beginnt sich langsam mit dem Regime abzufinden.

Dennoch nahm der Bundesrat eine Revision an die Hand. Auf den ersten Blick scheint die Vorlage sehr technisch zu sein. Was für Laien bei dem sperrigen Dossier wohl am ehesten noch greifbar ist, ist die vorgeschlagene vollständige Öffnung des Strommarktes. Sie ist eine *Conditio sine qua non* für ein Stromabkommen mit der EU. Heute können nur Grosskunden wählen, bei wem sie ihren Strom einkaufen. Neu soll dies auch für Haushalte möglich sein. Allerdings bezieht sich die Wechselmöglichkeit einzig auf die Energiekomponente der Stromrechnung, die nur rund einen Drittel der Kosten ausmacht. Daneben, namentlich bei den Netznutzungsgebühren, bleibt man an den bisherigen Lieferanten und Netzbetreiber gebunden. Die Ersparnisse bei einem Wechsel eines Haushaltes dürften also vorerst überschaubar bleiben.

Schwieriger zu fassen sind jene Bereiche der Vorlage, die das sogenannte «Marktdesign» betreffen, mit welchen der Bundesrat die Versorgungssicherheit zu möglichst tiefen Kosten gewährleisten möchte. Allerdings wird es genau dort nicht weniger interessant, eröffnet sich dem gewieften politischen Taktiker hier doch ein ganzer Strauss von Möglichkeiten, an gewichtigen Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts-, Struktur- und versorgungspolitischen Schrauben zu drehen. Dies liegt daran, dass die Energiepolitik als Querschnittsthema zahlreiche weitere Politikbereiche berührt, was auch Möglichkeiten bietet, verwegene Pakete zu schnüren.

Fundamental in diesem Zusammenhang ist beispielsweise die Einschätzung der Behörden zur Frage der langfristigen Versorgungssicherheit. Für ein gewisses Unbehagen sorgt hier der Umstand, dass das zuständige Bundesamt für Energie (BfE) und die Regulierungsbehörde Elcom diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen vertreten. Während das BfE mit dem Gesetzesentwurf das Problem im Griff zu haben glaubt, befürchtet die Elcom, dass dereinst nach dem Wegfall des substanziellen Beitrags der nach und nach ausser Betrieb gehenden Kernkraftwerke im Winterhalbjahr nicht genügend inländische Kraftwerkskapazitäten vorhanden sein könnten. Sie fordert deshalb, «Rahmenbedingungen» zu schaffen, damit rechtzeitig in neue Kraftwerke investiert wird.

Angesichts der energiepolitischen Grosswetterlage ist die Position der Elcom deutlich einfacher zu vertreten. Es werden gerade auch in Deutschland, einem wichtigen Partner beim Stromhandel, künftig erhebliche Kraftwerkskapazitäten verschwinden (Atom- und Kohleausstieg). Unter diesen Umständen längerfristig auf Importe zu setzen, scheint aus der Ferne betrachtet eine kühne Strategie zu sein. Man wird sehen, ob der Bundesrat an seiner Einschätzung zur Versorgungslage festhält, zumal es in unterschiedlichen Lagern gewichtige Stakeholder gibt, denen diese (allfällige) Mangellage nicht unangelegen kommt.

Es sind weitere Punkte mit dem Dossier verknüpft, etwa die Höhe des Wasserzinses (Abgabe eines Kraftwerksbetreibers für die Nutzung eines öffentlichen Gewässers) oder der möglicherweise wieder infrage gestellte Förderstopp für (neue) erneuerbare Energien. Die Vorlage könnte sich als veritable Büchse der Pandora erweisen.

Mit Blick auf die Rechtssicherheit ist fraglich, ob – abgesehen von der Marktöffnung – bereits jetzt der richtige Zeitpunkt für systemische Veränderungen gekommen ist. Die Energiewende steckt noch in den Kinderschuhen, man hat keine Erfahrungen mit einem offenen Strommarkt, und ein Abkommen mit der EU (so es denn zustande kommt) würde bereits die nächste Revision nach sich ziehen. Gleichzeitig bleiben die erheblichen rechtlichen Probleme ungelöst. Es wirkt, als sei man daran, bei einem Haus das Dach zu flicken, während gleichzeitig das Fundament unterspült wird.

Martin Föhse ist Rechtsanwalt und Assistenzprofessor für öffentliches Recht an der Universität St. Gallen.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 240. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg)
Stellvertreter: Colette Gradwohl (C. G.), Daniel Wechlin (daw), Andreas Schürer (asu.)

Tagesleiter: Colette Gradwohl (C. G.), Christoph Fisch (cf.), Andreas Schürer (asu.), Daniel Wechlin (daw), Jenni Thier (th.), Benno Mattli (bem.)

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Andras Wysleng (awy.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Patrick Zöll (paz.), Daniel Steinhorn (DSt.), Ivo Mijssen (mij.), Dominique Burckhardt (dbu.)

Schweiz: Michael Schoenenberger (msc.), Helmut Stalder (st.), Christina Neuhaus (cn.), Claudia Baer (cb.), Jörg Krummenacher (kru.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Erich Aschwarden (ase.), Marc Trübelhorn (tr.), Simon Hehli (hsh.), Lucien Scherrer (lsc.)

Bundeshaus: Christof Forster (foc.)
Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.)
Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer (pfi.), Werner Erz (nz.), Ermes Gallarotti (g.), René Höltschi (Ht.), Sergio Aiolfi (ai.), Thomas

Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Roccio (nrö.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Thomas Schürpf (tsf.), Zoé Inés Bachs Kunz (Z. B.), Natalie Gratwohl (ng.), Werner Grundtner (gru.), Daniel Imwinkelried (imr.), Christof Leisinger (crl.), Anne-Barbara Luft (abl.), Michael Schäfer (msf.), Dieter Bachmann (dba.), Jörg Müller (jmu.), Dominik Feidjens (df.)

Fuilleton: René Scheu (rs.), Angela Schader (as.), Rainer Stadler (w.), Urs Bühler (urs.), Stefan Hotz (sho.), Adé Kälin (ak.), Katja Baigger (ba.), Fabian Baumgartner (fba.), Jan Hudoc (jhu.), Florian Schoop (sfl.), André Müller (amü.), Daniel Fritzsche (dff.)

Sport: Elmar Wagner (wag.), Flurin Clätina (cl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Philipp Bärtsch (pbh.), Samuel Burgener (sbu.), Claudia Rey (crl.), Nicola Berger (nbr.)

Meinung & Debatte: Martin Sonti (se.), Alan Niederer (ni.), Susanna Müller (sm.), Herbert Schmidt (hdt.), Birgit Schmid (bgs.), Matthias Sander (msa.)

Bildredaktion und Gestaltung: Christian Güntlisberger (cgu.).

Reporter: Marcel Gyr (-yrc.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.)

Nachrichten: Tobias Ochsenbein (toc.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Katrin Schregenberg (ks.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael Schilliger (msl.), Kathrin Klette (kk.)

Produktionsredaktion: Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mk.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reiss Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.)

Webproduktion: Michèle Schell (mi.), Roman Sigrist (rsi.), Susanna Rusterholz (rus.), Reto Gratwohl (grg.)

Visuals: David Bauer (dav.), Beni Buess (bue.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Balz Rittmeyer (brt.), Joana Kelen (jok.)

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Markus M. Haefliger (mhf.), Benjamin Triebel (bet.). **Berlin:** Christoph Eisenring (cai.), Marc Felix Sierra (flox.), Benedict Heff (ben.), Jonas Herrmann (jhh.), Hansjörg Müller (hml.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrz (slz.). **Rom:** Andrea Spalinger (spl.). **Wien:** Meret Baumann (bam.). **Matthias Buss (mbe.). Stockholm:** Rudolf Herrmann (rhc.).

Brüssel: Niklaus Nuspiger (nnk.), Christoph G. Schmutz (sco.). **Moskau:** Markus Ackert (mac.), Christian Steiner (cts.). **Dakar:** David Signer (dai.). **Lissabon:** Thomas Fischer (ter.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.), Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Christian Weistlog (ws.). **Jerusalem:** Ulrich Schmid (U. Sc.). **Mumbai:** Marco Kauffmann Bossart (kam.).

Sydney: Esther Blank (esb.). **Singapur:** Manfred Rist (rtf.). **Peking:** Matthias Müller (mue.). **Tokio:** Patrick Weiler (pwe.). **Washington:** Peter Winkler (win.). **Beate Ammann (B. A.), Martin Lanz (mla.). New York:** Christiane Hanna Henkel (C. H.). **San Francisco:** Maria-Astrid Langer (lma.). **Vancouver:** Carl R. Felder (fcl.). **Rio de Janeiro:** Nicole Antiker (anj.).

Salvador da Bahia: Alexander Busch (bu.). **San José de Costa Rica:** Peter Gaupp (pgp.)

REDAKTIONELLE MITARBEITER

International: Fabian Urech (urf.). **Inland:** Angelika Hardegger (haa.), Antonio Fumagalli (fum.), Tobias Gafar (gaf.), Michael Surber (sur.). **Bundeshaus:** Lukas Mäder (mlr.). **Wirtschaft/Börse:** Andreas Uhlig (uhj.), Sylviane Chassot (syc.). **Patrick Harger (phr.). Feuilleton:** Marion Löhndorf (mlö.), Daniele Muscionico (MD). **Zürich:** Johanna Wedl (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenk (len.). **Sport:** Stefan Osterhaus (sos.), Michele Coviello (cov.), Ulrich Pickel (pic.), Andreas Babst (abb.). **Nachrichten:** Franziska Scheven (fs.), Martina Medic (med.), Tobias Sedlmair (tsm.), Esther Rüdiger (erü.), Esther Widmann (wde.), Janique Weder (wje.), Manuel Frick (fma.). **Webproduktion:** Beat Grossrieder (bgr.). **Produktionsredaktion:** Urs Buess (buu.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Lenzeninger (lke.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.). **Social Media:** Reto Stauffercher (rst.), Corinne Plaga (cpl.). **Visuals:** Leann von Gunten (vg.), Marie-José Kolly (mj.), Haluka Maier-Borst (hmb.), Philip König (phk.), Manuel Roth (mrth.), Anna Wiederkher (aww.), Markus Stein (sma.), Olivia Fischer (ofl.).

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction: Reto Althaus (ral.). **Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gstl.), Andrea Mittelholzer (and.), Sara Zeiler (sze.), Verena Tempelmann (tem.), Nicole Aebi (nea.), Rahel Arnold (raa.). **Fotografie:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hkr.), Annik Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.), Goran Basic (bnc.). **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei, Andreas Steiner **Blattplanung:** René Sommer **Korrektur:** Yvonne Battschen **Archiv:** Ruth Haener **Projekte:** André Maerz (mae.)

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ TV / NZZ Format: Silvia Fleck (sfl.), Karin Moser (mok.).
NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Luzi Bernet (lzb.)
NZZ Folio: Daniel Weber (dww.)
NZZ Geschichte: Peer Teuwssen (pt.), Lea Haller (lha.)

NZZ-MEDIENGRUPE

Felix Graf (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 13 70, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: nzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 748 Fr. (12 Monate), 68 Fr. (1 Monat)
NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)

NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 880 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 1.3.2018

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1.1.2018

BECLAUBTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 111 023 Ex. (Wemf 2018)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors